

# Nebeneinkünfte offen legen

*Was Gütersloher Politiker zur Diskussion um Steinbrücks Zusatzeinkommen sagen*

■ **Gütersloh** (hko). 1,25 Millionen Euro hat der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück seit 2009 mit Vorträgen verdient (die *NW* berichtete). Da stellt sich die Frage, was die Politiker an der Basis in Gütersloh von solchen Nebenverdiensten halten und wie diese öffentlich gemacht werden sollten.

Der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Matthias Trepper findet es positiv, dass Steinbrück alles offen gelegt hat. Dass Kunden Beträge von bis zu 25.000 Euro bezahlten, sei ein Resultat des Angebots und der Nachfrage. „Ich finde das nicht verwerflich und bin sicher, dass das jeder so machen würde“, sagte Trepper. „Da sollte jeder für sich in den Spiegel gucken.“

Auch wenn Trepper befürwortet, all das, was möglich ist, auch offen zu legen, so kann er auch

verstehen, dass zu den einzelnen Honoraren nicht der jeweilige Kunde genannt sei. Dies sei Bestandteil nahezu jeden Vertrags, sagte Trepper. Buche die Gütersloher SPD jemand für eine Veranstaltung – wie im März beispielsweise Schauspielerinnen Hannelore Hoger – sei dies genauso.

„Uns ist Transparenz besonders wichtig“, sagte Maik Steiner, Sprecher des Grünen-Ortsverbands Gütersloh. Dabei machten die Grünen dies eher „unaufgefordert“. So nenne die Gütersloher Landtagsabgeordnete Wibke Brems auf ihrer Internetseite alle Einkünfte. Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder und dessen späteres Engagement für den russischen Energie-Riesen Gazprom seien ein Beispiel für intransparente Verwicklungen politischer und wirtschaftlicher Interessen. Poli-

tiker leisteten einen Dienst am Bürger und hätten daher eine Rechenschaftspflicht.

Für den Stadtverbandschef der CDU, Raphael Tigges, gehe die aktuelle Diskussion schon relativ weit. Jeder habe das Recht, neben seinem Hauptjob Geld zu verdienen. Dies gelte für Politiker wie für alle anderen Berufstätigen. „Man muss nur schauen, dass das Mandat darunter nicht leidet“, sagte Tigges. Ob die hohen Honorare gerechtfertigt seien, könne er nicht beurteilen. Wie die Bundes-CDU und FDP favorisiert er bezüglich der Offenlegung der Gagen ein erweitertes Stufenmodell mit einer Obergrenze. „Ich weiß nicht, ob wir uns nicht verzetteln, wenn wir jedes Honorar einzeln aufschlüsseln“, sagte Tigges. Aber grundsätzlich müsse mit offenen Karten gespielt werden.